

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

18. WP - 4. Sitzung

am Mittwoch, dem 31. Oktober 2012, 10 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Volker Dornquast (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Serpil Midyatli (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht über den Stand der Energiewende in Schleswig-Holstein</b>	<b>6</b>
<a href="#">Drucksache 17/2384</a>	
<b>2. Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder zum Thema Energiewende sowie Position der Landesregierung im Vorfeld der Kanzlerrunde zur Energiewende (Energiegipfel) am 2. November 2012</b>	<b>8</b>
Antrag des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)	
<a href="#">Umdruck 18/292</a>	
<b>3. Bericht über die Gespräche der Landesregierung im Zusammenhang mit der Änderung der Vattenfall-Konzernstruktur</b>	<b>12</b>
<b>4. Bericht über die Entwicklungen bei der HUSUM WindEnergy</b>	<b>13</b>
<b>5. Bericht der Landesregierung zur Bundesratsinitiative zur Rücknahme der Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Hotel- und Beherbergungsbetriebe</b>	<b>14</b>
Antrag des Abgeordneten Oliver Kumbartzky (FDP)	
<a href="#">Umdruck 18/285</a>	
<b>6. Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein - TTG)</b>	<b>15</b>
Gesetzesentwurf der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
<a href="#">Drucksache 18/187</a>	
<b>7. Bundesratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und der Privatsphäre im Internet</b>	<b>16</b>
Antrag der Fraktion der PIRATEN	
<a href="#">Drucksache 18/195</a>	

- 8. Investitionskonzept zur Kompensation an der Westküste** **17**
- Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/98](#) (neu)
- Integrierter Westküstenplan für regionale Stärken**
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/129](#) - selbstständig -
- Infrastrukturkonzept Wachstumsraum Westküste**
- Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/139](#) - selbstständig -
- 9. Einzelbetriebliche Förderung abschaffen - überbetriebliche Maßnahmen verbessern** **19**
- Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/174](#)
- Fördermittel richtig einsetzen**
- Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/225](#)
- 10. Raumverträgliche Schienenhinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung** **20**
- Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/86](#)
- Perspektiven für die Anbindung der festen Fehmarnbelt-Querung**
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/131](#) - selbstständig -
- 11. a) Rechtssicherheit für Künstler und Veranstalter herstellen** **21**
- Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/87](#)
- Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen**
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/130](#) - selbstständig -

**Demokratische Grundstrukturen bei Verwertungsgesellschaften**

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/224](#) - selbstständig -

**b) GEMA-Reform muss einen Interessensausgleich zwischen Künstlern und Gewerbetreibenden finden**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/189](#)

**c) Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen**

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/231](#) - selbstständig

**12. Aufteilung der GVFG-Mittel 23**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/144](#)

(überwiesen am 28. September 2012)

**13. Feldversuch von Lang-Lkw in Schleswig-Holstein 25**

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU

[Drucksache 18/160](#) (neu)

**14. Verwaltungsvereinbarung Bund-Länder-Förderung „Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“ 26**

[Umdruck 18/265](#)

**15. Terminplanung für das Jahr 2013 27**

[Umdruck 18/236](#)

**16. Verschiedenes 28**

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht über den Stand der Energiewende in Schleswig-Holstein**  
[Drucksache 17/2384](#)

hierzu: [Umdruck 18/299](#)

St Nestle geht auf den vom Landtag angenommenen Antrag [Drucksache 17/2384](#) ein. Danach soll erstmals zum 30. Juni 2012 ein Monitoringbericht zur Energiewende vorgelegt werden. Dies sei im Juni dieses Jahres aufgrund des Regierungswechsels nicht möglich gewesen. Die Fraktionen hätten sich auch darauf verständigt, dass der erste große Bericht im Juli 2013 erstattet werden solle. Darüber hinaus habe die Landesregierung ein Monitoringkonzept vorgelegt ([Umdruck 18/299](#)). Darin werde aufgezeigt, wann welche Daten veröffentlicht werden sollten. Der Verfahrensvorschlag des Ministeriums sei, auf dieser Grundlage Daten zur Verfügung zu stellen.

Sie fährt fort, nach dem Beschluss des Landtages solle der Bericht durch einen Beirat begleitet werden. Hier befinde sich das Ministerium gerade in Abstimmung mit der Staatskanzlei über die Mitglieder. Ein entsprechender Vorschlag werde dem Wirtschaftsausschuss vorgelegt werden.

In den Bericht sollten alle in dem Antrag geforderten Daten aufgenommen werden. Sinnvoll sei die Aufnahme weiterer Indikatoren, etwa die EEG-Kenndaten und das Einspeisemanagement. Zu letztem Punkt sei ein Gutachten in Auftrag gegeben worden. Aufgenommen werden sollten auch Indikatoren über die Wärmeversorgung, die Treibhausgase und die wirtschaftlichen Effekte der erneuerbaren Energien in den Bundesländern. Dazu gebe es Zahlen beispielsweise über Arbeitsplätze. So seien in Schleswig-Holstein 14.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien angesiedelt, 6.800 bei Wind, 5.300 bei Biomasse.

Abg. Hamerich bezieht sich auf den Konzeptentwurf für den jährlichen Monitoringbericht, Nummer 7, EEG-Kenndaten für Schleswig-Holstein. Er regt an, die erneuerbaren Energien nach Art zu trennen und auf Kreise und Städte aufzuschlüsseln. Zu Punkt 10 schlägt er vor, die Bilanz der Treibhausgase beschränkt auf Schleswig-Holstein darzustellen. Zum einzurichtenden Beirat schlägt er vor, eine ähnliche Besetzung wie beim verkehrspolitischen Beirat der

LVS vorzunehmen. Der Vorsitzende ergänzt diesen Vorschlag dahin, dass wie im Beirat alle im Landtag vertretenen Fraktionen vertreten sein sollten.

Abg. Beer spricht die EEG-Umlage an. Sie hält es für sinnvoll, Bürgerinnen und Bürger durch diese Umlage dann nicht zu belasten, wenn den Unternehmen durch Export von Strom Gewinne erzielen. - Dazu merkt Abg. Matthiessen an, dass der Strom entweder dem EEG oder den Marktbedingungen unterliege. Im Übrigen hält er den Vorschlag des Abg. Hamerich hinsichtlich der Regionalisierung der Daten für sinnvoll. Er schlägt vor, dem Konzeptentwurf für den Monitoringbericht zuzustimmen.

Abg. Hamerich regt an, eine Bilanz für die nachwachsenden Rohstoffe aufzunehmen. Beispielfhaft nennt er Transport und Auswirkungen auf die Bodenqualität.

St Nestle legt dar, sie könne gegenwärtig nicht eindeutig sagen, welche Daten zur Verfügung stünden. Die EU beschäftige sich derzeit intensiv mit den Auswirkungen von Landnutzung im Zusammenhang mit Bioenergie. Sie sagt zu, zu prüfen, ob entsprechende Daten in den Bericht aufgenommen werden könnten. Sie bezweifle allerdings, dass Daten speziell für Schleswig-Holstein vorlägen. Das gleiche gelte für die EEG-Kenndaten, aufgesplittet nach Kreisen und Städten.

Abg. Dr. Breyer regt an, die Rohdaten als Open Data - in elektronischer Form - zur Verfügung zu stellen, damit sie beispielsweise im Bereich der Wissenschaft weiterverarbeitet werden könnten. St Nestle sagt zu, dies zu prüfen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse der Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder zum Thema Energiewende sowie Position der Landesregierung im Vorfeld der Kanzlerrunde zur Energiewende (Energiegipfel) am 2. November 2012**

Antrag des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

[Umdruck 18/292](#)

St Nestle berichtet, die Ministerpräsidenten hätten sich auf ihrer Konferenz auf das Treffen bei der Bundeskanzlerin vorbereitet und auch gemeinsame Positionen abgestimmt. Sie hätten sich eine ungewöhnlich lange Zeit, nämlich neun Zeitstunden, mit dem Thema Energie befasst und verschiedene Anträge diskutiert. Das sei unüblich für eine Ministerpräsidentenkonferenz und zeige den hohen Stellenwert, den das Thema habe.

Seit Monaten laufe ein Vorbereitungsprozess beim Bundesumweltministerium, nämlich die Plattform erneuerbare Energien, ein Bund-/Länder-Expertenarbeitskreis. Sie sei in dem Steuerungskreis dieser Plattform vertreten. Darunter gebe es noch Arbeitsgruppen. In vielen Punkten sei Einvernehmen erzielt worden; es gebe aber auch noch strittige Punkte.

In dem Prozess werde deutlich, dass es starke Kräfte gebe, die versuchten, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu bremsen. Es gebe finanzstarke Kräfte in diesem Land, die ein Interesse daran hätten, dass beispielsweise Kohlekraftwerke liefen, und zwar nicht nur zu bestimmten Zeiten. Einer der Dissenspunkte sei, ob es eine Obergrenze für erneuerbare Energien gebe. Bisher gebe es für erneuerbare Energien auf Bundesebene ein Mindestziel. Dies sei auch von der jetzigen Bundesregierung im Rahmen der letzten EEG-Novelle ausdrücklich bestätigt worden. In dem von ihr angesprochenen Prozess habe es starke Bestrebungen gegeben, das Wort „mindestens“ zu streichen und so zu tun, als sei das Ausbauziel eine Obergrenze. Die Landesregierung achte sehr genau darauf, dass Ziele nicht heimlich uminterpretiert würden.

Der starke Druck auf die erneuerbaren Energien mache sich fest in einem Druck auf die Erzeugungsform Wind an Land, weil es die erfolgreichste und kostengünstigste Technologie sei, die Masse bringe und Masse an fossilem Strom verteilen könne. In dem Beschluss der Ministerpräsidenten werde darauf hingewiesen, dass versucht werden solle, beim Ausbau der erneuerbaren Energien auf ein kostengünstiges Konzept zu achten.



Zu dem Thema Netzgesellschaft der norddeutschen Länder in öffentlicher Hand, das der Presse zu entnehmen gewesen sei, weise sie darauf hin, dass es bereits im Koalitionsvertrag einen Prüfauftrag gebe, ob eine Landesregulierungsbehörde eingerichtet würde. Wenn diese installiert werden sollte, wäre es sicherlich sinnvoll, dies gemeinsam mit anderen norddeutschen Ländern zu tun. Darüber seien Gespräche geführt worden. Es gebe von den norddeutschen Ländern eine gemeinsame Positionierung hinsichtlich des Netzausbaus. Es sei so wichtig und dringend, dass es sich um Daseinsvorsorge handele und die öffentliche Hand eine große Rolle spielen müsse.

Wichtig sei, dass der Offshore-Bereich ins Laufen komme. Sie wünsche sich, dass die KfW eine Rolle spiele, um den Netzausbau zu garantieren. Auch vor dem Hintergrund der Haftungsregelung sei dies extrem wichtig.

Die Beschlüsse der Ministerpräsidenten enthielten auch ein Bekenntnis zum EEG.

Sie sagt zu, dem Ausschuss die Beschlüsse nach der endgültigen Abstimmung zur Verfügung zu stellen.

Beschlossen worden sei auch, Bundes- und Länderziele zu synchronisieren. Wichtig sei, dies nicht falsch zu interpretieren. Jedes Bundesland müsse bereit sein, zurückzustecken. Ziel sei, ein Gesamtkonzept für die Energiewende zu erstellen. Dieser Beschluss dürfe nicht in die Richtung interpretiert werden, dass jedes Land ein bestimmtes Kontingent erhalte. Das wäre nicht nur schlecht für Schleswig-Holstein, sondern würde die gesamte Energiewende konterkarieren. Es gebe einen europäischen Strommarkt, über den der erneuerbare Strom über den EEG-Wälzungsmechanismus sehr effektiv untergebracht werde. Diesen gegen eine Bundes-Länder-Quotenplanregelung auszutauschen, wäre sicherlich nicht im Interesse der Energiewende.

Sie zieht das Fazit, dass der Ausbau der Windenergie an Land die Energiewende in Deutschland durch einen kostengünstigen Beitrag unterstütze. Nichtsdestoweniger stehe Schleswig-Holstein unter Druck. Dies könne man allerdings in Relation zur Stromproduktion aus Kernkraftwerken setzen. Als das Kernkraftwerk Brunsbüttel gelaufen sei, seien in Schleswig-Holstein auch 300 % Strom produziert worden; darüber sei nicht Klage geführt worden.

Zum notwendigen Netzausbau und der möglichen Nichteinspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien sei zu sagen, dass sich dieser Anteil gegenwärtig im kleinen einstelligen Bereich bewege. Ein Windrad, das in Schleswig-Holstein aufgestellt sei, produziere 150 oder 200 % Strom im Vergleich dazu, wenn es in Süddeutschland stünde. Würden 2 oder 3 % davon er-

zeugter Strom nicht eingespeist, sei dies immer noch günstiger als die Aufstellung dieses Windrades in Süddeutschland. Daraus könne also nicht abgeleitet werden, es handele sich für die Energiewende in Deutschland um einen teuren Beitrag.

Wichtig sei nunmehr, Bündnispartner zu suchen. Die Vorstellungen Schleswig-Holsteins müssten in Berlin umgesetzt werden. Das habe für die Landesregierung Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert.

Abg. Beer spricht den Wunsch aus, die Vereinbarung der Ministerpräsidenten den Ausschussmitgliedern vor dem Energiegipfel zuzuleiten.

Sie erkundigt sich danach, wann der Landtag über die Ausweisung von Windeignungsflächen unterrichtet werde. Abg. Hamerich legt dar, dass sich der Landtag intensiv mit der Ausweisung der Windeignungsflächen beschäftigt habe; nach Befassung im Kabinett werde der Landesentwicklungsplan mit den Windeignungsflächen veröffentlicht.

Auf eine weitere Frage der Abg. Beer legt St Nestle dar, bisher sei nicht beabsichtigt gewesen, das Thema zum Gegenstand einer Plenardebatte zu machen; es sei den Fraktionen allerdings unbenommen, entsprechende Anträge zu stellen.

Abg. Dr. Breyer erkundigt sich nach Punkten, in denen eine Einigung noch ausstehe, und danach, welche Position die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu einnehme. Außerdem stellt er die Frage, ob, wenn in Deutschland beispielsweise eine über hundertprozentige Deckung aus erneuerbaren Energien vorhanden sei, immer noch eine EEG-Umlage zu zahlen sei.

St Nestle geht auf die offen gebliebenen Punkte ein und legt dar, es handele sich im Wesentlichen um Punkte im Zusammenhang mit dem Wording des Berichtes. Es gehe um die Frage, wie stark der Bericht die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung in den Blick nehme oder sich auf die Kosten der EEG-Umlage beschränke. Strittig sei auch, wie weit es Instrumente der regionalen Steuerung geben solle. Status quo sei bereits, dass es Instrumente der regionalen Steuerung gebe. In diesem Zusammenhang verweist sie auf das Referenzertragsmodell hin. Ähnliches betreffe die Frage des Netzausbaus im Zusammenhang mit den erneuerbaren Energien. Klar sei, dass dies zusammenpassen müsse. Im Moment sei es klar geregelt: Der Netzausbau folge dem Ausbau der erneuerbaren Energien und müsse bereitgestellt werden.

Sie beantwortet ferner die Frage des Abg. Dr. Breyer hinsichtlich einer EEG-Umlage dahin, dass sicherlich, bevor eine hundertprozentige Abdeckung des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien erfolge, bereits deutlich vorher eine Änderung der gesetzlichen Lage vorgenommen würde. Im Moment bewege man sich bei etwa 25 % Abdeckung von Strom aus erneuerbaren Energien. Da gebe es noch einen großen Spielraum, erneuerbare Energien unterzubringen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Dr. Breyer legt St Nestle dar, sie vermute, dass der Bericht der Ministerpräsidentenkonferenz ein Schlüsselpunkt der Debatte beim Energiegipfel sein werde. Im Übrigen gebe es eine bereits seit geraumer Zeit bestehende große Tagesordnung. Die Bundesregierung habe in dieser Legislaturperiode keine große Reform des EEG geplant.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht über die Gespräche der Landesregierung im Zusammenhang mit der Änderung der Vattenfall-Konzernstruktur**

hierzu: [Umdruck 18/300](#)

St Nestle teilt mit, dass die Landesregierung nach Prüfung zu dem Ergebnis gekommen sei, ihre vorläufige Einschätzung sei richtig gewesen, nämlich dass der schwedische Staat nicht mehr - wie in der Vergangenheit - hafte, atomrechtlich aber an der Gesellschaftsänderung nichts zu beanstanden sei.

Bei dieser Gelegenheit teilt sie mit, die Landesregierung beabsichtige, einen Änderungsantrag zum Atomgesetz in den Bundesrat einzubringen. Darin gehe es darum, den Rückbau der Atomkraftwerke zu regeln. Die Stilllegungsvariante „sicherer Einschluss“ solle gestrichen werden. Festgeschrieben werden solle eine Pflicht der Betreiber, die Anlage nach Verlust der Berechtigung unverzüglich stillzulegen. Vorgeschlagen werde auch eine gesetzliche Verankerung der Fristenregelung, innerhalb derer Betreiber Stilllegungsanträge stellen müssten. Notwendig dafür sei die Verankerung eines behördlichen Durchsetzungsinstrumentariums und die Schaffung eines Ordnungswidrigkeitstatbestandes.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht über die Entwicklungen bei der HUSUM WindEnergy**

St Nägele berichtet zum aktuellen Stand, dass Gespräche derzeit auf der Ebene der Messegesellschaften geführt würden. Die Messegesellschaft Husum berichte von einer hohen Nachfrage für 2014. Von daher sehe die Landesregierung im Moment nicht den Bedarf einer weiteren politischen Intervention.

Der Vorsitzende bittet die Landesregierung, den Ausschuss bei einer neuen Entwicklung zu unterrichten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung zur Bundesratsinitiative zur Rücknahme der Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Hotel- und Beherbergungsbetriebe**

Antrag des Abgeordneten Oliver Kumbartzky (FDP)  
[Umdruck 18/285](#)

St Losse-Müller legt dar, der Gesetzentwurf zur Abschaffung der ermäßigten Umsatzsteuer für sogenannte Beherbergungsleistungen werde am 2. Oktober 2012 im Bundesrat beraten. Ziel der Landesregierung sei, die dadurch erzielten Mehreinnahmen zur zielgenauen Unterstützung der Tourismuswirtschaft in Schleswig-Holstein einzusetzen. Das werde die Ministerin auch in ihrer Rede im Bundesrat deutlich machen. Dieses Ziel sei - so auf eine Nachfrage des Abg. Kumbartzky - in der Begründung des Antrags festgeschrieben.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein - TTG)**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 18/187](#)

(überwiesen am 27. September 2012)

Abg. Meyer schlägt vor, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Für die Beratung schlägt er folgende Termine vor:

- Benennung der Anzuhörenden: bis 2. November 2012,
- Termin für die Abgabe der Stellungnahme: 18. November 2012,
- Beratungstermin im Wirtschaftsausschuss: 28. November 2012,
- zweite Lesung: Dezember-Tagung des Landtags.

Abg. Hamerich schlägt als Termin für die Abgabe der Anzuhörenden den 5. November 2012 vor. - Abg. Meyer erklärt sich damit einverstanden.

Der Ausschuss kommt überein, in dieser Weise zu verfahren.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, zunächst eine schriftliche Anhörung durchzuführen und aufgrund der Anhörungsergebnisse darüber zu entscheiden, ob noch eine mündliche Anhörung durchgeführt wird.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bundratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und der Privatsphäre im Internet**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/195](#)

(überwiesen am 27. September 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss schließt sich der Verfahrensweise des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.



Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Investitionskonzept zur Kompensation an der Westküste**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/98](#) (neu)

### **Integrierter Westküstenplan für regionale Stärken**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/129](#) - selbstständig -

### **Infrastrukturkonzept Wachstumsraum Westküste**

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/139](#) - selbstständig -

(überwiesen am 27. September 2012 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanzausschuss)

Abg. Hamerich erkundigt sich nach der von der Landesregierung eingesetzten Projektgruppe Westküste. St Dr. Nägele berichtet, die Projektgruppe sei eingerichtet und bündele die verschiedenen Aktivitäten, die zum Thema Westküste durchgeführt würden. Ein erster Vorschlag für das weitere Vorgehen in diesem Bereich werde für die Kabinettsitzung vorgelegt werden, die sich mit dem Thema beschäftige. Er bietet an, dem Ausschuss darüber zu berichten.

Abg. Dr. Tietze beantragt Abstimmung in der Sache über die vorliegenden Anträge.

Abg. Hamerich beantragt einen Bericht der Landesregierung über die Arbeit der Projektgruppe Westküste für die nächste Sitzung des Wirtschaftsausschusses.

Der Ausschuss unterbreitet dem Landtag folgende Beschlussempfehlungen:

- Der Antrag [Drucksache 18/98](#) (neu) wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

- Der Antrag [Drucksache 18/129](#) wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP angenommen.
  
- Der Antrag [Drucksache 18/139](#) wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Einzelbetriebliche Förderung abschaffen - überbetriebliche Maßnahmen verbessern**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/174](#)

**Fördermittel richtig einsetzen**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/225](#)

(überwiesen am 27. September 2012 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanzausschuss)

Abg. Matthiessen beantragt Zurückstellung des Tagesordnungspunktes; in den Regierungsfractionen gebe es noch Beratungsbedarf.

St Dr. Nägele berichtet, dass sich das Kabinett in seiner zweiten Kabinettsitzung im Dezember mit dem Thema Strukturförderung insgesamt beschäftigen werde und in diesem Zusammenhang auch die einzelbetriebliche Förderung auf der Tagesordnung stehe.

Abg. Dr. Breyer verweist auf seinen Redebeitrag im Rahmen der ersten Lesung und betont sein Anliegen, den Antrag weitergehend zu fassen.

Der Ausschuss stellt die Beratungen bis zur organisatorischen Sitzung im Dezember zurück. In diesem Zusammenhang bittet der Vorsitzende aus ökonomischen Gründen darum, Anträge zur Zurückstellung von Tagesordnungspunkten zu Beginn der Sitzung bei der Beschlussfassung über die Tagesordnung zu stellen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Raumverträgliche Schienenhinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/86](#)

**Perspektiven für die Anbindung der festen Fehmarnbelt-Querung**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/131](#) - selbstständig -

(überwiesen am 27. September 2012)

Der Ausschuss unterbreitet dem Landtag ohne weitere Diskussion folgende Beschlussempfehlungen:

- Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt er dem Landtag, [Drucksache 18/86](#) abzulehnen.
- Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt er dem Landtag, [Drucksache 18/131](#) anzunehmen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**a) Rechtssicherheit für Künstler und Veranstalter herstellen**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/87](#)

**Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/130](#) - selbstständig -

**Demokratische Grundstrukturen bei Verwertungsgesellschaften**

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/224](#) - selbstständig -

**b) GEMA-Reform muss einen Interessenausgleich zwischen Künstlern und Gewerbetreibenden finden**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/189](#)

**c) Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen**

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/231](#) - selbstständig

(überwiesen am 28. September 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss schließt sich bezüglich der [Drucksachen 18/87](#), [18/130](#) und [18/189](#) dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an und empfiehlt, die Anträge für erledigt zu erklären.

Bezüglich des Antrags [Drucksache 18/224](#) schließt er sich ebenfalls dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an und empfiehlt, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Abg. Dr. Breyer erklärt, seine Fraktion könne den interfraktionellen Antrag mittragen, wenn der Passus „geistiges Eigentum“, den er für problematisch halte, ersetzt werde. Er könne sich vorstellen, von einem angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen der Urheber und Verwerter einerseits und den Nutzern andererseits zu sprechen.

Die Vertreter der anderen Fraktionen halten den Begriff „geistiges Eigentum“ nicht für problematisch und lehnen eine Änderung des Antrags [Drucksache 18/231](#) ab.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag die Annahme der [Drucksache 18/231](#) zu empfehlen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Aufteilung der GVFG-Mittel**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/144](#)

(überwiesen am 28. September 2012)

Abg. Kumbartzky erkundigt sich nach dem Zeitpunkt der Verlängerung einer Verordnung für die Finanzierung im Rahmen des ÖPNV. Herr Sörensen, Referat öffentlicher Personennahverkehr, Eisenbahnen im MWAVT, legt dar, die entsprechende Grundlage sei im Januar 2012 verlängert worden. Sie gelte ab Januar 2013.

Abg. Hamerich beantragt, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Der Vorsitzende unterstützt diesen Antrag.

Abg. Dr. Tietze beantragt Abstimmung in der Sache.

Abg. Dr. Breyer erkundigt sich danach, wie sich die Prioritätenverschiebung im Haushalt niederschlage. St Dr. Nägele antwortet, die Koalitionsvereinbarung werde schrittweise umgesetzt werden. Im kommunalen Straßenbauprogramm würden Zusagen mit erheblichem zeitlichen Vorlauf getroffen. Als erstes Signal sei ein Titel Radwegebau in den Haushalt 2013 aufgenommen worden. Damit werde deutlich gemacht, dass der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag ernst genommen und die Umsetzung vorbereitet werde.

Im Folgenden diskutiert der Ausschuss über den Antrag, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und tauscht entsprechende Argumente für und wider einer Anhörung aus. Die Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP befürworten eine derartige Anhörung und halten es für sinnvoll, die Auswirkungen der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag in Erfahrung zu bringen. Die Koalitionsfraktionen sprechen sich gegen eine schriftliche Anhörung aus. Abg. Dr. Breyer legt dar, eine derartige Anhörung mache nur dann Sinn, wenn über die Ausgestaltung gesprochen werde. Dem schließen sich die Vertreter der Regierungsfractionen an.

CDU und FDP weisen auf die von den Regierungskoalitionen angekündigte Dialog- und Transparenzkultur hin. Abg. Dr. Bernstein meint, es sei keine abwegige Vorstellung, dass das Parlament wissen wolle, welche Auswirkungen eine derartige Änderung habe, und zwar insbesondere vor dem Hintergrund des bereits bestehenden erheblichen Investitionsstaus.

Abg. Dr. Tietze macht darauf aufmerksam, dass eine politische Entscheidung getroffen worden sei, die nun umgesetzt werde. Diese Entscheidung habe keine Haushaltsrelevanz, da es sich um Bundesmittel handle, die an die kommunale Ebene weitergeleitet würden.

Der Antrag, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Antrag abzulehnen.



Punkt 13 der Tagesordnung:

### **Feldversuch von Lang-Lkw in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU

[Drucksache 18/160](#) (neu)

(überwiesen am 28. September 2012)

Abg. Vogel verweist auf die generelle kritische Haltung der Regierungskoalitionen zu dem Feldversuch. Er vertritt die Überzeugung, dass der Bundesrat an der entsprechenden Entscheidung hätte beteiligt werden müssen. Deshalb werde Klage eingereicht.

Abg. Hamerich und Abg. Meyer erkundigen sich nach möglichen Auswirkungen für dänische Lang-Lkw. St Dr. Nägele legt dar, alle Speditionsunternehmen hätten die Möglichkeit, sich an dem Versuch zu beteiligen. Sollte sich die von Abg. Vogel genannte Rechtsauffassung vor dem Bundesverfassungsgericht durchsetzen, stehe das Thema Feldversuch von Lang-Lkw in der Bundesrepublik insgesamt auf der Tagesordnung. Für dänische Speditionen habe das keine besonderen Einschränkungen zur Folge.

Der Vorsitzende legt dar, die Landesregierung habe aus dem Feldversuch einige Strecken herausgenommen. Dies sei mit der Sicherheit bei Bahnübergängen begründet worden. In Brunsbüttel sei der Zeitraum bei einem Bahnübergang um einige Sekunden verlängert worden. Er wolle wissen, ob dies nicht auch bei anderen Bahnübergängen möglich sei. St Dr. Nägele erwidert, dass sich die Landesregierung an die verkehrsrechtlichen Auflagen halte. Geprüft werden müsse, ob die Schließzeiten sachgerecht seien. Eine generelle zeitliche Verlängerung bei Bahnübergängen halte er nicht für möglich. Bei dem vom Vorsitzenden genannten Beispiel in Brunsbüttel handele es sich um einen Bahnübergang in einem Industriegelände.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Antrag abzulehnen.

Punkt 14 der Tagesordnung:

**Verwaltungsvereinbarung Bund-Länder-Förderung „Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“**

[Umdruck 18/265](#)

Abg. Dr. Breyer fragt nach der Notwendigkeit der Erhöhung der maximalen Beihilfeintensität sowie einer empirischen Begleituntersuchung im Hinblick auf die Wirksamkeit der Beihilfe.

St Dr. Nägele legt dar, die Beihilfeintensität werde erhöht, weil die Wirksamkeit der Förderung sehr gering sei, die sich nur auf innovative Teile der gesamten Investition beschränkten. Die Zahl der geförderten Fälle sei so gering, dass eine empirische Aufarbeitung nicht notwendig sei.

Der Ausschuss nimmt die Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung:

**Terminplanung für das Jahr 2013**

[Umdruck 18/236](#) (neu)

Der Ausschuss beschließt die aus [Umdruck 18/236](#) (neu) ersichtlichen Termine für das Jahr 2013.

Punkt 16 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

#### **a) Gespräche mit der DB AG**

Der Ausschuss kommt überein, auch in dieser Legislaturperiode halbjährliche Gespräche mit der DB AG im Rahmen der Plenartagung zu führen. Als nächsten Termin fasst der Ausschuss Donnerstag, 21. Februar 2013, in der Mittagspause der Plenarsitzung, ins Auge.

Der Vorsitzende bittet, der Geschäftsleitung der DB AG über die Ausschussgeschäftsführung bereits im Vorwege Fragen zuzuleiten.

Abg. Matthiessen legt Folgendes Thema dar: Im Petitionsausschuss seien wiederholt Fälle aufgetaucht, in denen bei Bauvorhaben das Einvernehmen der Bahn AG einzuholen sei. Dafür gebe es bei der Bahn eine sehr lange Bearbeitungszeit.

Abg. Dr. Breyer schlägt das Thema offene Fahrplanplanung vor.

#### **b) Gespräch mit Scandlines**

Der Ausschuss nimmt für das vorgesehene Gespräch mit Scandlines den 19. Dezember 2012 in Aussicht.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

i. V. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin